



15.02.2019

zu TOP 3.3.2.1

Antrag

Belastung durch privates Feuerwerk an Silvester/Neujahr reduzieren

Der BA18 möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München wird gebeten, das private Feuerwerk an Silvester und Neujahr in München im Rahmen der jeweils aktuellen rechtlichen Möglichkeiten einzuschränken.

Darüber hinaus fordern wir den Oberbürgermeister und den Stadtrat auf, sich dafür einzusetzen, dass das BMI (Bundesministerium des Inneren) Kompetenzen aus dem Sprengstoffgesetz und der zugehörigen Sprengstoffverordnung an die Kommunen abtritt und damit verbundene Möglichkeiten der Einschränkung vereinfacht (§ 24 Abs. 2 1. SprengV).

Begründung:

Die Notwendigkeit ergibt sich daraus, dass aktuell fast alle Bestrebungen einer Einschränkung aus rechtlichen Gründen abgewiesen werden müssten und werden.

Etliche Bürgerversammlungen seit 2018 bis heute haben mit der Maximalforderung nach einem stadtweiten Verbot des privaten Feuerwerks Mehrheiten erzielt. Eine Umfrage von Civey vom 28.12.2018 ergab 60% Zustimmung zu einem Verbot privaten Feuerwerks in Innenstädten.

Je nach Wetterlage besteht für die Bevölkerung eine immense Feinstaubbelastung.

Im innerstädtischen Bereich bedeutet eine hohe Einwohnerdichte auch, dass hier viele Interessen zusammen kommen, die derjenigen, die Feuerwerke nicht gutheißen aus verschiedenen Gründen, aber nicht berücksichtigt werden.

Wild-, Heim und Zootiere leiden unter dem Feuerwerk erwiesenermaßen.

Der Silvestermüll in München nimmt seit drei Jahren jährlich um jeweils ca. 10 t zu.

Es ist Bürger*innen kaum zu vermitteln, dass die Stadtverwaltung Stand heute rechtlich immer noch nicht in der Lage ist, in FFH- und Landschaftsschutzgebieten vorsorglich Einschränkungen durchzusetzen. Es ist nicht akzeptabel, dass Schutzgebiete nicht geschützt werden dürfen, weil es rechtlich keine Möglichkeit gibt

Initiative: Wolfgang Geißelbrecht, Sebastian Weisenburger, Petra Jakobi

BA18@Gruene-Muenchen.de